

Notsituation im Asylwesen

«Mit dieser Strategie des Kantons wird es nie eine Veränderung geben»

Schlägereien in Riggisberg, Platznot in den Asylzentren: Mit mehr Voraussicht liessen sich viele Probleme im Asylwesen verhindern, so der Asylfachmann Martin Junker.

Interview: Selina Stucki

In Riggisberg gab es Anfang Woche eine Schlägerei zwischen Zentrumsbewohnern einer Asylunterkunft. Anwohner kritisieren die Betreuungssituation: Auf eine Aufsicht kämen zeitweise bis zu 150 Asylsuchende. Ist der Konflikt vorprogrammiert?

Der Betreuungsschlüssel ist eines. Wichtig ist aber auch die ethnische Zusammensetzung der Bewohner. Zu Riggisberg selber kann ich nur beschränkt Stellung nehmen, da ich die Situation dort nicht im Detail kenne. Generell gilt: Am meisten Probleme gibt es, wenn verschiedene Nationen und zudem alleinstehende Männer aufeinanderprallen. Je mehr Personal vor Ort ist, desto besser kann man jedoch allfälligen Spannungen entgegenwirken.

Welche Vorgaben bezüglich Betreuung macht der Kanton seinen Leistungserbringern?

Keine. Im Leistungsvertrag ist nur festgeschrieben, dass die Partnerorganisation zuständig ist für die Sicherheit. Kürzt der Kanton nun aber die Mittel -

was seit Anfang Jahr massiv geschehen ist -, kann er nicht die gleiche Leistung erwarten wie vorher.

In Riggisberg sollen anscheinend auch ethnische Spannungen zum Konflikt geführt haben. Welche Erfahrungen machten Sie mit Rassismus in Zentren?

Es gibt Ethnien, von denen man weiss, dass man sie nicht zusammen in ein Zimmer stecken kann. Doch ich möchte hier nichts verallgemeinern. Wenn nun aber die Platzsituation so ist, dass man null Spielraum hat, kann es passieren, dass man ungünstige Platzierungen vornehmen muss. Aktuell besitzen die Zentren kaum Spielraum bei der Einteilung. Der Mitarbeiter der Heilsarmee, welcher die Asylsuchenden den Zentren zuweist, hat zudem den kantonalen Migrationsdienst (Midi) schon vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht, dass auf die Zentren ein Engpass zukommt.

Wie reagierte der Kanton auf diesen Hilferuf?

Trotz diesen Anzeichen schloss der Kanton im letzten Jahr mehrere Zentren. Bei diesem Handeln steckt keine Strategie dahinter, es wurden keine Perspektiven entwickelt. Mich stört zudem das Vorgehen: Man hätte mit den Gemeinden und Partnerorganisationen rechtzeitig in den Dialog treten müssen - und nicht einfach im Juli per Notdekret im Befehlston von oben etwas anordnen. Die Gemeinden zeigten ja grundsätzlich Verständnis für die prekäre Situation im

Asylwesen. Doch sie störten sich am Umgangston.

Anscheinend seien in die Schlägerei in der Asylunterkunft in Riggisberg mehrere vorbestrafte Asylsuchende involviert gewesen. Wie viel weiss die Zentrumsleitung über die Vorgesichte der Bewohner?

Über die Leute, welche direkt aus den Erstaufnahmezentren kommen, wissen wir beinahe nichts. Es gibt aber auch jene Fälle, wo Asylsuchende wegen fehlbaren Verhaltens aus dem Zentrumsbetrieb ausgeschlossen werden. In der Regel werden sie für einen Monat auf die Strasse gestellt, erhalten nur das Asylsozialhilfegeld von acht Franken pro Tag und fünf Franken für die Notschlafstelle.

Und dann?

Nach einem Monat werden sie wieder einem Zentrum zugewiesen. Allenfalls war dies auch in Riggisberg der Fall. So werden Probleme aber nicht gelöst, sondern nur umher geschoben.

Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen dem Midi und den

«Die Heilsarmee hat den Kanton schon lange darauf hingewiesen, dass ein platzmässiger Engpass auf uns zukommt.»

Partnerorganisationen in solchen schwierigen Situationen?

Als ich noch Verantwortlicher für die Kollektivunterkünfte war, gab es mehrfach Momente, wo wir den Midi um Unterstützung baten, weil die Situation sich zuspitzte. Der Midi antwortete aber oft: Ihr müsst selber schauen. Mehrfach kam auch einfach gar keine Antwort. Der Midi sprach gegenüber den Partnerorganisationen in schwierigen Momenten nie zusätzliches Geld. Wenn schon, dann stockte er die Securitas auf.

Die Bundespauschalen für den Asylbereich werden neuerdings von der Erwerbsquote von Asylsuchenden abhängig gemacht. Der Kanton Bern hat deshalb weniger Geld zur Verfügung. Wie wirkte sich diese Tatsache auf die Betreuungsorganisationen im Asylbereich aus?

Weil der Kanton Bern eine tiefe Erwerbsquote der Asylsuchenden aufwies, erhielt er weniger finanzielle Unterstützung vom Bund. Die Betreuungsorganisationen haben nun massiv weniger Geld zur Verfügung. Die Heilsarmee-Flüchtlingshilfe muss deshalb mit rund 15 Prozent weniger Geld auskommen.

Mit welchen Folgen?

Wo gibt es Spielraum zum Sparen ausser bei der Arbeitsorganisation und dem Personal? Liegenschaften oder Mobiliar bekommt man nicht einfach billiger. Also mussten wir mehrere Stellen abbauen, was sich auch auf die Betreuung der Asylsuchenden auswirkt.

Der Kanton selber kann die Erwerbsquote der Asylsuchenden, beispielsweise durch die Vergabe von Arbeitsbewilligungen, beeinflussen. Also ist dieser finanzielle Engpass hausgemacht?

Die tiefe Quote hängt von zwei Punkten ab: Einerseits von der Strategie, die der Kanton fährt, andererseits gibt es strukturelle Unterschiede zwischen den Kantonen, gerade was die Struktur des Arbeitsmarkts anbelangt.

Der Wille des Kantons, die Asylsuchenden ins Erwerbsleben einzubinden, wäre also da?

Ich kann hier wenig Bemühung erkennen. Verschiedene Angebote wurden in den vergangenen Monaten abgebaut oder gestrichen, so etwa die kurzfristigen Erwerbseinsätze und die Deutschkurse für Asylsuchende. Gerade die Sprache wäre aber ein ganz zentrales Element bei der Arbeitsmarktfähigkeit. Dies sind dramatische Veränderungen, die der Zielsetzung Arbeitsmarktintegration völlig zuwiderlaufen. Mit dieser Strategie vom Kanton wird es nie eine Veränderung geben.

Martin Junker

Junker war bis Juni 2014 Bereichsleiter der Kollektivunterkünfte der Heilsarmee-Flüchtlingshilfe. Neu arbeitet Junker als Coach auf der Fachstelle Arbeitsintegration in Thun.

